

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Montag, den 6. November 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Niederlage des Berliner Kommunalfreisinns.

Die Stadtverordnetenwahlen für die 3. Abteilung, die gestern in 17 Kommunal-Wahlbezirken in Berlin vollzogen worden sind, haben mit einem glänzenden Siege der Sozialdemokratie geendet.

Es sind folgende Genossen gewählt:

- Robert Drescher, Johann Sassenbach, Hugo Woldersky, Julius Meyer, Ludwig Tollsdorf, Dr. Ignaz Jadel, Alexander Fröhlich, Waldeck Manasse, Fritz Wille, Hugo Heimann, Eugen Brückner, Adolf Hoffmann, Karl Koblenzer, Karl Mars, Dr. Leo Aroun, August Hinte.

Im 3. Wahlbezirk ist der freisinnige Mengel mit etwa 40 Stimmen Mehrheit gegen den Genossen Böysch gewählt worden.

5 neue Mandate gewonnen.

Damit ist die Zahl der sozialdemokratischen Vertreter im Roten Hause von 38 auf 43 gestiegen.

Der Kommunalfreisinn Berlins hat durch dieses Wahlergebnis die Quittung erhalten für seine Unzuverlässigkeit in politischer Beziehung und für seine Rückständigkeit in sozialen Fragen.

Die gestrige Wahl war die erste, die auf Grund einer neuen Bezirkseinteilung stattgefunden hat.

Die Hoffnungen des Organs der Berliner Kommunalfreisinnigen sind zu nichte geworden.

Es muß anerkannt werden, daß unsere Gegner bei dieser Wahl alles aufgeboren haben, um den Sieg an ihre Fahnen zu heften.

hegerischen Größen die Könige sein, die Bürger alle — auch die Arbeiter — ihre Knechte.

Nicht nur ist es nun dringend erwünscht, daß Herr Leopold Rosenow die denkbare schlimmste Niederlage zu verzeichnen hat.

Nicht minder charakteristisch ist der Sieg der Sozialdemokratie im ersten Kommunal-Wahlbezirk.

Zerhunderten und zerhundertet kehrt der Berliner Kommunalfreisinn vom Kampfplatze der 3. Abteilung heim.

Dieser glänzende Sieg der Berliner Sozialdemokratie liefert den Beweis, daß die Sozialdemokratie in immer weitere Kreise einbringt und unaufhaltsam vorwärts schreitet.

Die erwerbstätige Bevölkerung ist sich bewußt, daß die bevorstehende große Abrechnung am 12. Januar nur dann vollen Erfolg verbürgt, wenn unverzüglich mit neuem Kampfesmut in die Agitation für die Reichstagswahlen eingetreten wird.

Die erwerbstätige Bevölkerung ist sich bewußt, daß die bevorstehende große Abrechnung am 12. Januar nur dann vollen Erfolg verbürgt, wenn unverzüglich mit neuem Kampfesmut in die Agitation für die Reichstagswahlen eingetreten wird.

Auf denn zu neuen Kämpfen, zu neuen Siegen!

Die Ergebnisse in den Wahlbezirken.

(Wegen der Neueinteilung der Wahlbezirke können die Ergebnisse früherer Wahlen nicht zur Vergleichung herangezogen werden.)

1. Kommunal-Wahlbezirk.

Stadbezirke 1-10, 210-217. (In den Reichstags-Wahlkreisen I und V.)

2. Kommunal-Wahlbezirk.

Stadbezirke 11-30, 118, 120. (In den Reichstags-Wahlkreisen I, II, III.)

3. Kommunal-Wahlbezirk.

Stadbezirke 31-42, 50-58, 66 A. (In den Reichstags-Wahlkreisen Berlin II und Teltow.)

4. Kommunal-Wahlbezirk.

Stadbezirke 43-49. (In dem Reichstags-Wahlkreis II.)

5. Kommunal-Wahlbezirk.

Stadbezirke 55, 56 B-62. (In dem Reichstags-Wahlkreis II.)

10. Kommunal-Wahlbezirk.

Stadbezirke 63-90, 110-118 B. (In dem Reichstags-Wahlkreis IV.)

13. Kommunal-Wahlbezirk.

Stadbezirke 114-117, 119, 121-126, 181-184. (In den Reichstags-Wahlkreisen II und III.)

14. Kommunal-Wahlbezirk.

Stadbezirke 127-130, 135-144. (In dem Reichstags-Wahlkreis III.)

15. Kommunal-Wahlbezirk.

Stadbezirke 145-152, 154, 162, 163. (In dem Reichstags-Wahlkreis IV.)

21. Kommunal-Wahlbezirk.

Stadbezirke 181 B, 190 A-F, 191. (In den Reichstags-Wahlkreisen Berlin IV und Niederbarnim.)

Die Interfusions-Gebühr beträgt für die sechsstelligen Adressen oder deren Raum 60 Pfg.

Telegramm-Adressen: Sozialdemokrat Berlin.

23. Kommunal-Wahlbezirk.

Stadtbezirke 189 D, F, 193 C, D, G, H.
(In dem Reichstagswahlkreis IV.)
Zugewiesener Stadtverordneter: Heimann (Soz.).
Eingeschriebene Wähler 6516.
Abgegebene Stimmen: 3562.
Heimann (Soz.): 2455.
Zewo (Freif.): 1078.

Gewählt: Heimann, Sozialdemokrat.

24. Kommunal-Wahlbezirk.

Stadtbezirke 192—193B, 193E, F, 194A, B, C.
(In dem Reichstagswahlkreis IV und V.)
Zugewiesener Stadtverordneter: Sassenbach (Soz.).
Eingeschriebene Wähler: 7497.
Abgegebene Stimmen: 3908.
Brädner (Soz.): 3093.
(Rit.): 215.

Gewählt: Brädner, Sozialdemokrat.

25. Kommunal-Wahlbezirk.

Stadtbezirke 182—188, 195—201.
(In dem Reichstagswahlkreis IV und V.)
Zugewiesener Stadtverordneter: Hoffmann (Soz.).
Eingeschriebene Wähler: 8044.
Abgegebene Stimmen: 3500.
Hoffmann (Soz.): 3404.
Freisinn: 26.
Zersplittert: 1.

Gewählt: Hoffmann, Sozialdemokrat.

28. Kommunal-Wahlbezirk.

Stadtbezirke 237—241, 242 B, 243 A—245.
(In dem Reichstagswahlkreis VI.)
Zugewiesener Stadtverordneter: Koblenger (Soz.).
Eingeschriebene Wähler: 7722.
Abgegebene Stimmen: 3421.
Koblenger (Soz.): 3210.
Debnick (Rit.): 208.
Zersplittert: 5.

Gewählt: Koblenger, Sozialdemokrat.

35. Kommunal-Wahlbezirk.

Stadtbezirke 261 A—264, 276—278.
(In dem Reichstagswahlkreis VI.)
Zugewiesener Stadtverordneter: Mars (Soz.).
Eingeschriebene Wähler: 7645.
Abgegebene Stimmen: 3876.
Mars (Soz.): 3644.
Zersplittert: 32.

Gewählt: Mars, Sozialdemokrat.

42. Kommunal-Wahlbezirk.

Stadtbezirke 305, 308 A—E.
(In dem Reichstagswahlkreis VI.)
Zugewiesener Stadtverordneter: Krone (Soz.).
Eingeschriebene Wähler: 6735.
Abgegebene Stimmen: 3263.
Krone (Soz.): 3081.
Fürst (Freif.): 136.
Zersplittert: 8.

Gewählt: Krone, Sozialdemokrat.

46. Kommunal-Wahlbezirk.

Stadtbezirke 307, 314 A—317.
(In dem Reichstagswahlkreis VI.)
Zugewiesener Stadtverordneter: Hinge (Soz.).
Eingeschriebene Wähler: 8116.
Abgegebene Stimmen: 4801.
Hinge (Soz.): 4716.
Fürst (Freif.): 80.
Zersplittert: 5.

Gewählt: Hinge, Sozialdemokrat.

Die Neuabgrenzung der Kommunalwahlbezirke.

die in diesem Jahre endlich zustande gekommen ist, erschwert die Würdigung des Ergebnisses der diesjährigen Stadtverordnetenwahlen.

Bei der Neueinteilung des ganzen Stadtgebietes in 48 Wahlbezirke dritter Klasse, die wegen der von Jahr zu Jahr ärger gewordenen Ungleichheit der Wählerzahlen nicht länger zu umgehen waren, ergaben die älteren, sich entwickelnden Stadtteile weniger Bezirke als bisher, während die neueren, sich noch entwickelnden Stadtteile in mehr Bezirke als bisher zerlegt werden mußten. Das führte dann zu einer allgemeinen Verschiebung der Bezirksgrenzen. Für die Zuweisung der 48 von der dritten Klasse gewählten Stadtverordneten an die neugebildeten und auch neu nummerierten Wahlbezirke wurde der Grundfay aufgestellt, jeden Stadtverordneten in einen Bezirk zu bringen, der noch ein möglichst großes Stück seines alten Bezirks einschloß. Aber manche Stadtverordnete wurden dabei doch recht erheblich von ihrem bisherigen Gebiet abgedrängt, ja, einzelne der in älteren Stadtteilen gewählten Stadtverordneten wurden völlig aufsteilung ihrer bisherigen Wahlbezirke ganz obdachlos und mußten nach einem der in den Außenvierteln sich als überzählig ergebenden Wahlbezirke verteilt werden. Ueber die regelmäßigen Ergänzungswahlen wurde bestimmt, daß nach Ablauf der alten Mandate jedesmal diejenigen neuen Wahlbezirke, denen die betreffenden Stadtverordneten zugewiesen worden waren, zur Wahl schreiten sollten.

Von den 48 neugebildeten Wahlbezirken der dritten Klasse mußten somit die 16 Bezirke, die die neuen Nummern 1, 2, 3, 6, 10, 13, 14, 15, 21, 23, 24, 25, 28, 35, 42, 46 erhalten hatten, an den Ergänzungswahlen dieses Jahres teilnehmen. Sie hatten neu zu vergeben die Ende 1911 ablaufenden Mandate der 16 Stadtverordneten, die im Jahre 1906 von der dritten Klasse in den damaligen Wahlbezirken 1, 20, 6, 7, 15, 16, 19, 20, 21, 23, 3, 27, 33, 38, 40, 46 gewählt worden waren. Unter den 16 an den diesjährigen Ergänzungswahlen beteiligten Bezirken sind nur 5, deren ganzes Gebiet im Jahre 1906 an den damaligen Wahlen beteiligt war. Aber auch von diesen 5 Wahlbezirken bedt kein einziger sich ganz mit irgendeinem der Wahlbezirke, die damals bestanden, sondern sie umfassen nur Abschnitte alter Bezirke, und meist sind sie sogar aus Abschnitten von verschiedenen der alten Bezirke zusammengesetzt. Die übrigen 11 an den Ergänzungswahlen dieses Jahres beteiligten Bezirke sind zusammengesetzt aus Abschnitten alter Bezirke, die in verschiedenen Jahren gewählt haben, z. B. 1906 und 1907, auch 1906 und 1909, sogar auch 1906 und 1907 und 1909. Ebenso liegen die Verhältnisse in dem neuen Wahlbezirk 4, der wegen Todes seines Stadtverordneten jetzt eine Ergänzung zu vollziehen hatte.

Hiernach ist es leider nicht möglich, die Ergebnisse der diesjährigen Wahlen nach Bezirken mit denen

früherer Wahlen zu vergleichen. Als Hilfsmittel für eine Würdigung der Wahlergebnisse von 1911 möge eine Uebersicht über die Lage und Zusammenfassung der jetzt beteiligten neuen Wahlbezirke dienen, sowie eine Darstellung der allgemeinen Situation bei früheren Wahlen, an denen die einzelnen Abschnitte dieser neuen Bezirke damals beteiligt waren.

Der neue Wahlbezirk 1 schließt den früheren Wahlbezirk 1 ganz in sich, also die ältesten Teile der Stadt, die Umgebung des Rathauses und des Königschlosses, d. h. Alt-Berlin, Alt-Kölln, Friedrichswerder. Hingezulassen sind aber noch von dem früheren Wahlbezirk 30 der Teil des Spandauer Viertels zwischen Bahnhof „Börse“ und Eisener Straße, ferner von dem früheren Wahlbezirk 41 die gleichfalls noch zum Spandauer Viertel gehörende Gegend zwischen Oranienburger Tor und Weidenammer Brücke. Der alte Wahlbezirk 1 hatte zum Stadtverordneten den freisinnigen Wiese, was bei der besonderen Zusammensetzung der Wählerschaft dieses Bezirks begreiflich ist. Auch die alten Bezirke 30 und 41, die jetzt zur Vergrößerung des Bezirks 1 haben beitragen müssen, wurden durch Freisinnige vertreten, durch Rettig und Vitterhof.

Aus den alten Wahlbezirken 2 und 3, dem ganzen Gebiet der Dorotheenstadt (Umgebung von „Unter den Linden“) und der Friedrichstadt, von der Weidenammer Brücke südwärts bis zum Hallischen Tor, vom Dönhofsplatz westwärts bis zum Leipziger Platz, besteht jetzt der neue Wahlbezirk 2, zu dem noch ein Streifen der bei der Lindenstraße an die Friedrichstadt grenzenden inneren Luisenstadt hinzugenommen worden ist. Ein Bezirk von dieser beträchtlichen Größe mußte hier geschaffen werden, weil in Dorotheenstadt und Friedrichstadt die Wähler dritter Klasse immer spärlicher geworden sind. Nur der südlich der Leipziger Straße gelegene Teil der Friedrichstadt, der alte Wahlbezirk 3, hatte bisher einen Sozialdemokraten gewählt, Genossen Sassenbach, während der alte Wahlbezirk 2, der nördliche Teil der Friedrichstadt samt der ganzen Dorotheenstadt, durch den freisinnigen Reis vertreten wurde.

Den größten Teil von Berlin-West umfaßt der neue Wahlbezirk 3, in dem die alten Wahlbezirke 4 und 6, Gebiete der freisinnigen Kolkoskowsky und Rensel, fast vollständig aufgegangen sind. Er erstreckt sich von der Gegend des Hallischen Tores bis zum Zoologischen Garten und besteht hauptsächlich aus einem Stück der westlichen Hälfte der Tempelhofer Vorstadt und dem größten Teil der Schöneberger Vorstadt samt Tiergartenviertel. Dieser neue Bezirk 3 ist jetzt unter den Wahlbezirken der dritten Klasse der räumlich größte, weil da draußen im noblen Westen die Wähler dritter Klasse am dünnsten gesät sind. Aus der minder noblen südlichsten Ecke der Schöneberger Vorstadt ist der neue Wahlbezirk 4 gebildet worden, der als Hauptstück fast den ganzen alten Bezirk 5 in sich schließt. Hier war von den Freisinnigen der Stadtverordnete Marggraf gewählt, nach dessen Tod jetzt der neue Bezirk 4 einen Ersatz zu wählen hatte. Der neue Wahlbezirk 5, die Umgebung der Grobbeerstraße, gehört schon zur westlichen Hälfte der Tempelhofer Vorstadt. Er wird nahezu ausgefüllt durch den größten Teil des alten Bezirks 7, in dem bei der letzten Wahl noch der freisinnige Wüstner durchgekommen war.

Mit der östlichen Hälfte der Tempelhofer Vorstadt beginnen die eigentlichen Arbeiterviertel, die ein zusammenhängendes Gebiet längs sozialdemokratisch verteilter Bezirke einschließen. Wir übergehen hier die an den diesjährigen Wahlen nicht beteiligten Wahlbezirke 6, 7, 8, die sich ungefähr mit den alten Bezirken 8, 9, 10 decken.

Aus der äußeren Luisenstadt, vom Luisenstädtischen Kanal ostwärts bis zum Schließchen Busch sich erstreckend, die bisher in die fünf sozialdemokratisch vertretenen Bezirke 11—15 zerfiel, aber bei der Neueinteilung nur noch die vier Bezirke 9—12 ergeben hat, wählte diesmal nur der in der Gegend des Görlicher Bahnhofs liegende neue Wahlbezirk 10. Sein Hauptstück gehörte früher zu dem alten Bezirk 15, der zum Stadtverordneten den Genossen Tolkdorf hatte.

Die innere Luisenstadt, vom Luisenstädtischen Kanal westwärts bis zum Spittelmarkt hinein, mit den vier alten Wahlbezirken 16—19, langt heute mit ihrer Wählerzahl nur noch für die zwei neuen Wahlbezirke 13 und 14, die beide an den diesjährigen Wahlen beteiligt waren. Die südliche Hälfte bis zum Landwehrkanal ist Wahlbezirk 13 geworden, hauptsächlich bestehend aus den alten Wahlbezirken 16 größtenteils und 17 ganz, den bisherigen Gebieten der Genossen Jabel und Börner. Die nördliche Hälfte bis zur Spree, umfassend die alten Wahlbezirke 18 größtenteils und 19 ganz, heißt jetzt Wahlbezirk 14. Im alten Bezirk 18 war Genosse Kerfin Stadtverordneter, der alte Bezirk 19 wurde durch den freisinnigen Kosenow vertreten.

Auf der anderen Seite der Spree schließt das Stralauer Viertel und an dieses im Nordosten das Königsviertel an, bisher beide vollständig im Besitz der Sozialdemokratie. Dieses ganze Gebiet zerfiel früher in die 9 alten Wahlbezirke 20—28, hat aber jetzt infolge Mehrung der Wähler dritter Klasse die elf neuen Bezirke 15—25 herausgegeben. Hier finden wir also schon überzählige Bezirke, die sich in den stark bevölkerten Außenvierteln ergaben und nun den aus älteren Stadtteilen verdrängten Stadtverordneten zugewiesen werden konnten. An den diesjährigen Wahlen waren von den elf Bezirken die Bezirke 15, 21, 23, 24, 25 beteiligt.

Der neue Wahlbezirk 15, die Umgebung der Blumenstraße, umfaßt den größten Teil vom alten Bezirk 20, dessen Stadtverordneter bisher Genosse Manasse war, dazu noch Stücke von den durch die Genossen Wille und Wenzel vertretenen ehemaligen alten Bezirken 21 und 22. In der Umgebung des Viehhofs und des Bahnhofs „Landsberger Allee“ liegt der neue Wahlbezirk 21, Teile der alten Bezirke 25 und 26 in sich schließend, in denen zuletzt die Genossen Grund und Heimann gewählt waren. Aus dem alten Bezirk 26 ist auch der neue Wahlbezirk 23 herausgeschnitten, die Umgebung der Böhmerstraße. Ebenso gehörte auch noch der neue Wahlbezirk 24, Greifswalder Straße bis Wilschstraße mit Querstraßen, früher größtenteils zu dem damals überaus umfangreichen alten Bezirk 26, mit einem kleinen Teil aber zu dem alten Bezirk 27, den bisher Genosse Hoffmann vertrat. Der neue Wahlbezirk 25, vom Landsberger, Königs- und Prenglauer Tor bis zum Alexanderplatz hineinreichend, enthält den bisher durch Genossen Jucht vertretenen alten Bezirk 28 ganz und Teile der schon erwähnten alten Bezirke 20 und 27.

Dem neuen Wahlbezirk 25 ist benachbart der diesmal an der Wahl nicht beteiligte neue Bezirk 26, bestehend aus Abschnitten der alten Wahlbezirke 29 und 31. Teilen des Spandauer Viertels und der nordwärts anschließenden Schönhäuser Vorstadt. Im Spandauer Viertel liegt noch der Freisinn, im Bereich des alten Bezirks 29 ebenso, wie in dem alten Bezirk 30, durch den jetzt (wie schon gesagt) der neue Wahlbezirk 1 vergrößert worden ist.

Sozialdemokratisches Gebiet beginnt wieder am Schönhäuser Tor, wo der alte Bezirk 31 sich anschloß. Sozialdemokratisch ist in der Stadtverordnetenversammlung vertreten der ganze von Arbeitern stark besiedelte Norden und Nordwesten Berlins, die Schönhäuser Vorstadt, die Rosenfelder Vorstadt, die Oranienburger Vorstadt, der Gesundbrunnen, der Wedding und Moabit, mit Ausnahme nur des an den Tiergarten grenzenden Teiles von Moabit, des früher 41, jetzt 33. Wahl-

bezirks. Der Norden und Nordwesten hatte bisher die sechzehn Wahlbezirke 32—48, jetzt gibt es dort die zweiundzwanzig neuen Bezirke 27—43, so daß auch hier überzählige Bezirke für die im Stadtmern obdachlos gewordenen Stadtverordneten vorhanden sind. Von diesen 22 Bezirken nahmen diesmal nur 4 an den Wahlen teil, die Bezirke 28, 35, 42 und 46.

In der Schönhäuser Vorstadt, hinter Meher und Schwedterstraße liegt der neue Wahlbezirk 28, hauptsächlich bestehend aus dem alten Bezirk 33, der bisher zum Stadtverordneten den Genossen Koblenger hatte. Der neue Wahlbezirk 35, von der Gegend des Humboldthains bis zur Liefen- und Chausseestraße, gehört schon zur Oranienburger Vorstadt. Er bedt sich größtenteils mit dem alten Bezirk 38, dem früheren Wahlbezirk des Genossen Mars. Aus Abschnitten der alten Bezirke 40 und 46, die bisher durch die Genossen Krone und Hinge vertreten wurden, ist der zum Wedding gehörende neue Wahlbezirk 42 zusammengesetzt. Westlich der Kollenerstraße erstreckt er sich zwischen Sellen- und Triftstraße. Gleichfalls auf dem Wedding liegt der neue Wahlbezirk 46, der, hinter dem Ringbahnhof beginnend, von der Kollenerstraße über Courdiere- und Leopoldplatz bis Oudenardestraße reicht. Die alten Bezirke 46 und 47, die früheren Wahlbezirke der Genossen Hinge und Mehle, haben Teile für diesen neuen Bezirk hergegeben.

Man sieht, daß die Neuabgrenzung aller Wahlbezirke dritter Klasse meist zu sehr einschneidenden Verschiebungen geführt hat. Nach Bezirken kann man, wie gesagt, die Ergebnisse der diesjährigen Wahlen nicht mit früheren Wahlergebnissen zusammenstellen und vergleichen. Wir müssen uns behelfen mit dieser Betrachtung der bisherigen Situation, die das Verständnis des Ausgangs der diesjährigen Wahlen erleichtern wird.

Im Wahllokal.

Ein dämmriges Halbdunkel herrscht in der geräumigen Halle, die sonst der jugendfrischen Schülerschar zu sportlicher Betätigung dient. In der Mitte ein Tisch für die Wahlleitung, je einer rechts und links, vor deren die Jähler der Parteien Platz nehmen. Pünktlich um die angelegte Stunde konstituiert sich der Wahlvorstand. Die ersten Wähler sind schon vor der Zeit erschienen. Im 1. Bezirk waren mit dem Glodenschlag zehn schon an die 60 Mann zur Stelle, fast durchweg sozialdemokratische Wähler. Die erste Stimme, die abgegeben wird, gilt dem sozialdemokratischen Kandidaten.

Immer mehr Wähler ziehen am Tisch vorüber. Bald gewinnt der eine, bald der andere Kandidat einen kleinen Vorsprung an Stimmen. Monoton schallt die Stimme des Wahlleiters durch den hallenden Raum. Nummer für Nummer wird aufgerufen und von den Wählern rasch fixiert. Alte und jüngere Wähler, Arbeiter, Beamte, Gewerbetreibende, alles bunt durcheinander, geben sie ihre Stimme ab.

Die Nummer wird verkündet, der Beisitzer blättert in die Liste und ruft den Namen des betreffenden Wählers aus, der wiederum den Namen des Kandidaten nennt, für den er sich entscheidet.

Allmählich tauchen die feisten, glattrasierten Gesichter des Schloß- und Marzialpersonals auf. Bei ihnen wissen die Jähler schon, welchen Kandidaten sie zu notieren haben werden. Der Freisinn hat den königlichen Bediensteten schon die Stimmabgabe diktiert. Selbst wenn sie politisch anders dächten, wären sie gezwungen, für den freisinnigen Kandidaten zu stimmen. Ein Fernbleiben vom Wahlstisch käme einem Eintreten für die Sozialdemokratie gleich und hätte böse Folgen zu erwarten. Immerhin: in den Wahlbezirken kurziert das melerückternde, ungläubliche Gerücht, daß ein wirklicher Oberreiter „Seiner Majestät des Königs“ rot gewählt habe. Das wird natürlich nicht stimmen, die Höflinge werden beruhigt schlafen können.

Man kann bei dem Wahlgang interessante Studien machen. Die verschiedensten Wählertypen tauchen am Vorstandstisch auf und ebenso verschieden ist auch das Benehmen und Auftreten derselben. Da kann man jüngere Wähler sehen, die frei und sicher an den Wahlstisch treten und gewandt und unbefangene die vorgezeichneten Formalitäten erfüllen, während hingegen alte, würdige Herren mit unsicheren ängstlichen Gesten den Wahlsatz erlebigen, ehrsame Spießer, die wohl im Leben noch nie gewählt haben mögen.

„Wen wollen Sie denn wählen?“ fragt der Vorsitzende einen alten Papa im Silberhaar, der ihn nun mit großen bestürzten Augen ansieht. „Sie wollen doch jemanden wählen, wohl Wiese?“ „Ja, ja“, nickt der alte Herr und tritt befriedigt ab. Der Allerweltskandidat Wiese hat seine Stimme.

Ein junger Hausdiener hat keine Karte und steht auch nicht in der Wahlliste. „Ja, Sie können nicht wählen“, wird ihm gesagt.

„Ja, wohne aber doch schon seit März in diesem Bezirke!“ Der Vorsitzende zuckt bedauernd mit den Schultern. „Sie hätten sich früher darum bemühen müssen, jetzt ist nichts mehr zu machen.“ Betrübt zieht der Mann ohne Wahlrecht ab. Ein Taubstummer tritt an den Tisch, gestikuliert mit den Händen und reicht seine Aufzeichnungen hin. So hat auch er seine Stimme abgegeben.

Immer stärker wird der Andrang. Um die Mittagszeit kommen die Wähler truppweise an. In langer Kette reihen sie sich auf. Nun legt auch der Schleppapparat ein. Die Autos der Bürgerlichen stehen schon längst bereit. Jetzt flühen sie ab, schleichen nach allen Richtungen, um die säumigen Wähler zu holen. Von beiden Seiten wird mit Hochdruck gearbeitet. Die Funktionäre haben kaum Zeit aufzublicken. Ab und zu kommen stinke Radfahrer und holen die Wahlziffern, um sie den Wahlbürens zu übermitteln.

Langsam verrinnen die Stunden. Ein bürgerlicher Jähler schnurrt ärgerlich: „Es ist doch der reine Blödsinn, diese öffentliche Wahl, was das für Arbeit macht!“ Stimmt, aber für die allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahl tritt auch der Liberalismus nicht ein. Unsere Freisinnigen benutzen die öffentliche Wahl, um Beamte und Staatsangestellte ihren Zwecken dienstbar zu machen.

Der Wahlkampf

erhielt durch den Umstand, daß in Berlin jetzt zum ersten Male die Stadtverordnetenwahlen an einem Sonntag vollzogen wurden, ein ganz besonderes, neues Gepräge. Wer als Wahllokalsummler durch die Straßen wanderte und hier und da den Wahllokalen einen Besuch abstattete, der empfing von vornherein ein gegen völlig verändertes Bild. Sonst waren bei Stadtverordnetenwahlen regelmäßig die Spießerbürger als die ersten zur Stelle gewesen, um möglichst schon zwischen 10 und 12 ihre Stimmen für den Kommunalfreisinn abzugeben. Diesmal füllten sich sofort nach 10 Uhr die Wahllokale mit zahlreichen Wählern aus der Arbeiterbevölkerung, die Mann für Mann den Kandidaten der Sozialdemokratie ihre Stimme gaben.

Charlottenburg.

Ein rächtiger Herbsttag, mit Regen und Sonnenschein im bunten Wechsel. Am Schlesienschen Bahnhof ist es lebhafter als sonst. Auf dem Bahnsteig, an dem der Friedrichshagener Zug fällt, schwirrt es in allen Sprachen durcheinander. Heute ist Rennen in Charlottenburg. Rasend fährt der Zug ein. Ich steige mit fünf im lebhaften Gespräch begriffenen Herren in ein Abteil der dritten Klasse. Die Unterhaltung dreht sich um die Chancen im Rennen. Es wird laut. Ein unterlegter Herr mit Hängemägen und Wäffeln unter den verdorrnen Augen flucht über das vorige Rennen, in dem er schreckliches Pech gehabt hätte, und erklärt alle Jodens für Dummen. „Sag mal,“ schreit er, „ob wohl der Neumann wieder da ist? Der Kerl hat vorigesmal tollficher seine 8-900 M. gemacht, und wie Kaim ihn suchte, war er einfach weg. Aber ich sage Euch, ganz spurlos weg.“ — „Hat der den Kaim denn noch immer nicht bezahlt?“ wirft ein magerer Herr dazwischen. — „Ach wat, der! Wat Du denkst! Das ist en geriebener Kunde!“

Charlottenburg ist erreicht. Wer nicht Bescheid weiß, braucht nur dem Hauptstrom der Passanten zu folgen, um sicher nach der Rennbahn zu kommen. Das hellgraue Staket ist von Zaungäulen belagert. Die meisten haben Rennzeitungen und Wettlisten in Händen. Das erste Rennen ist schon vorüber. Aufsehernde und mißbilligende Aufe werden laut. Von innen tritt ein Mann dicht an den Zaun und flüstert meinem Radfahrer schnell etwas zu. Ich höre nur: „Telephonieren!“ Da raft der Mann auch schon nach dem gegenüberliegenden Lokal. Ein Trompetentusch verländert das Ende des ersten Rennens. 2 und 7 haben gesiegt, und die Menschenmasse vom Zaun strömt hinüber in die Lokale. An den Eingängen stehen immer 3 bis 4 Polizeiagenten. Fährden sie auf schwindelhafte Weit- und Buchmacher? Man hat den Eindruck, als ob dicht hinter ihren breiten Rücken das Geschäft floriert.

Ich komme zum zweiten Haupteingang der Rennbahn. Auf einer gegenüberliegenden Wiese stehen zahllose Automobile. Immer neue kommen hinzu und suchen noch einen Warteplatz zu erwischen. Links stehen vereinzelte Droschken, auf der Straße auch einige Autoomnibusse, aber das Gros der Besucher ist in eigenen oder gemieteten Autos gekommen. Doch wo kommen nur die vielen Kinder her? Wohl an 50 sind auf Straße und Kaienfläche verteilt und laufen, frischen und sehen überall umher. Einem Kraftwagenlenker, der zum Rennplatz hinübersteht, wird sofort angeboten, die Sorge für sein Gefährt zu übernehmen, wenn er mal 'rübergehen möchte. Vier kleine Antriebe rennen mit einem Eimer über die Straße nach einem kleinen Fieß und schleppen Wasser zu dem Halteplatz der Droschken, um es womöglich gegen ein Trinkgeld umzutauschen. Die Straße im vom letzten Regenguß noch voller Pfützen und Schlamm, und der Anzug der Kinder, zum größten Teil äußerst mangelhaft und schäbig, ist bis zum Hals hinauf bepritzt. Jetzt kommt ein neues Auto angefahren. Ein Rudel Jungen löst ihm entgegen. Der Dreisteife schwingt sich auf das Trittbrett. Die anderen laufen nebenher. Noch hält der Wagen nicht, da reihen die Jungen schon die Türe auf und stehen mit abgezogenen Mützen in Dienertiellung da. Ein größerer Junge hilft einem der Herren den kostbaren Pelz überziehen, ein anderer läuft zur Kasse, die gewünschten Billette zu holen und ein kleiner Antriebe, den die größeren zurückgedrängt hatten, hat sich des im Wagen zurückgebliebenen Fernrohrs bemächtigt und reicht es nun der einen Dame hin. Und nun geschieht das häßlichste dieses ganzen Bildes: ehe die Herrschaften die Kieswege der Rennbahn betreten, knien die Kinder plötzlich mitten im Schmutz der Straße hin und reiben mit einem mitgebrachten Lappen die Stiefel der Besucher blank. Niemand von diesen Herren und Damen scheint das Entwürdigende dieser Situation zu sehen. Sie werfen den Kindern ein Trinkgeld zu und gehen lustig schwabend fort. Schon stürmen die Kleinen einem neuankommenden Auto entgegen. Von dem einen als lästige Bettler abgewiesen, von dem anderen mit hochmütiger Miene geduldet, lesen sie im wahrsten Sinne des Wortes ihr Bissen Brot im Schmutz auf. Fragt man die Kinder aus, so hört man immer das alte Lied: die Not der Eltern zwingt die Kinder in die unwürdigsten Verhältnisse hinein. Und wenn vielleicht einmal ein Junge ohne Wissen der Eltern mitläuft, ist es da nicht meistens auch die Not, die es den Eltern unmöglich macht, ihr Kind besser zu behüten? Freilich, was wissen die Menschen, die sich nicht schämen, ein Kind im Straßenmüll vor sich hinhängen zu lassen, um nur ja keinen Schmutzflleck an ihren Lackstiefeln zu haben, von der Not des Volkes? Ein eigentlicher Notstand ist ja nicht vorhanden, wie unser Ministerpräsident so schön festgestellt hat!

Schwere Explosion. Sonnabendabend experimentierte der 15jährige Sohn des Kaufmanns Paul, der im Hause Hermannstraße in Treptow wohnt, mit einer selbst gebauten Dampfmaschine. Gegen 10 Uhr abends erfolgte eine heftige Explosion. Mehrere Metallteile lösten sich von der Maschine und trafen die Mutter des Anabes am Kopf. Sie wurde so schwer verletzt, daß bald darauf der Tod eintrat. Der 15jährige Anabe und eine jüngere Schwester sind mit leichteren Verletzungen davongekommen.

Eine traurige Aufführung hat das Verschwinden einer Gemütskranken gefunden. Seit mehreren Tagen wurde die 55 Jahre alte Witwe Johanna Braunsdorf aus der Gartenstraße 15 vermißt. Frau B. war seit Monaten schwer gemütskrank und sie hatte schon wiederholt ihrem erwachsenen Sohn gegenüber geäußert, sie werde nicht mehr lange unter den Lebenden weilen. Mitte voriger Woche verabschiedete sie sich von ihrer Wohnung und gestern wurde die Leiche der Vermissten im Tegeler See gefischt. Die Unglückliche hatte sich an der Uferpromenade ins Wasser gestürzt, um den Tod in den Wellen zu finden.

Ueberfallen, mißhandelt und vergewaltigt worden sein will ein Mädchen, das gestern im Tegeler Forst schwer verletzt aufgefunden wurde und sich als eine 28 Jahre alte Emma Kasten ausgab. Nach ihren Angaben wurde sie im Tegeler Forst von einem unbekanntem Manne überfallen, der sie, als sie sich zur Wehre setzte, mißhandelte und sich schließlich nach an ihr verging. Sie schildert den Täter als einen etwa 30 Jahre alten Mann, der ungefähr 1,75 Meter groß ist, hellblondes Haar und Schnurbart und zahlreiche Fidelein im Gesicht hat und einen schwarzen Jacketanzug und einen schwarzen steifen Hut trug.

Ihren Verletzungen erlegen ist die 82 Jahre alte Witwe Hedel, die bei ihrem Sohne in der Schönleinststraße 3 wohnte. Die alte Frau, die sich noch rüstig und wohl fühlte, wollte am Dienstag vor acht Tagen eine Freundin am Kottbuser Damm besuchen. Als sie kurz vor deren Wohnung den Fahrbaum überschreiten wollte, überhörte sie das Hupezeichen eines Autoomnibusses, der von der Hasenheide her angefahren kam. Sie wurde zu Boden geschleudert und erlitt hierbei schwere Verletzungen. Mit einer Droschke schaffte man sie nach dem Urban-Krankenhaus, wo sie Sonntagabend an den Folgen der erlittenen Verletzungen gestorben ist.

In den Außenbezirken des Südostens und des Ostens, des Nordostens und des Nordens, den großen Arbeiterquartieren Berlins, behaupteten die sozialdemokratischen Wähler fast überall allein das Feld. Nur in einigen Bezirken dieser Stadtteile hatten die Freisinnigen sich noch den Kurus geleistet, mit Durchfallskandidaten vor die Wähler der dritten Klasse hinzutreten. Hier schied sie von der ersten Wahlrunde an ihre Schlepper aus, aber der Liebe Mühe war umsonst. Im 23. Wahlbezirk, wo für den Freisinn als etwas ganz Apartes der frühere Lehrer Lewis kandidierte, waren besonders Lehrer und sonstige Beamte aufgeboten worden, sich an der Agitationsarbeit des Wahltages zu beteiligen. Die Beamten, die in diesem Wahlbezirk zahlreich wohnen und auf die der Freisinn große Hoffnungen gesetzt hatte, wurden als Ruhwähler in Automobilen zu den Wahllokale geschleppt. Aber die Stimmen für Lewis, die auf diese Weise mühsam zusammengebracht wurden, versanken in der unaufhaltsam andrängenden Flut der Stimmen für unseren Genossen Heimann. Schon etwa um 1 Uhr mittags war für Heimann ziemlich das erste Tausend voll, während der Gegner erst über das erste Viertel hinaus war.

Am heftigsten wurde in denjenigen Bezirken gekämpft, wo der Freisinn selber noch einen Besitz zu verteidigen hatte, in dem Städtchen und der Friedrichstadt mit den Wahlbezirken 1 und 2, im Westen und Südwesten mit den Wahlbezirken 3, 4, 5, vor allem aber in der inneren Luisenstadt mit dem Wahlbezirk 14, dem letzten, der in der Osthälfte Berlins dem Freisinn bisher noch geblieben war. Vor den Wahllokale standen die Zettelverteiler des Freisinns, meist behängt mit großen Pappfächeln, auf denen in Kiesenbuchstaben die Namen der Freisinnskandidaten prangten. In Bezirk 1 trat der Freisinnskandidat Giese als „Gelber“ auf, indem er auf gelben Plakaten sich den Wählern empfahl. Vor dem Wahllokal in der Gipsstraße pries ihn ein Zettelverteiler als „national-liberal“ an, wobei der Jubel „national“ wohl auf die konservativen Wähler wirken sollte. In allen diesen Bezirken wurde von den Freisinnigen mit Aufbietung der äußersten Kraft gearbeitet, um ihre Wähler heranzuziehen. Besonders in den Bezirken des Westens wurden zahlreiche Droschkenautomobile und auch elegante Privatautomobile zur Schlepparbeit benützt. Manchmal fuhr vor einem Wahllokal nacheinander zwei, drei, vier Automobile vor; der Berliner Kommunalfreisinn hat ja dazu, für jede Stimme die Kosten einer Autofahrt dronzusetzen. Im Bezirk 4 bemerkte man unter den Schleppern des Freisinns eine ganze Anzahl Personen, die dem Beamten in Zivil so ähnlich sahen, wie ein Ei dem anderen. Man sagt uns, es seien dort Postbeamte in den Diensten des Freisinns gestellt worden.

Ein Heer von Hilfsgruppen war in dem Wahlbezirk 14 aufgedrungen worden, den die Freisinnigen in verzweifeltstem Ringen gegenüber dem Ansturm der Sozialdemokratie noch einmal behaupten zu können gehofft hatten. An den Anschlagssäulen drüben Niesenplakate in rot Herrn Rosenow als den alleinigen bürgerlichen liberalen Kandidaten gegen die Sozialdemokratie an. Unter dem Schlächtruf „gegen die Sozialdemokratie“ nötigten sie dann mit Vorliebe die Beamten heran, die sonst konservativ wählen müssen und jetzt den Kommunalfreisinn aus der Patzche helfen sollten. Scharen junger Kaufleute, die demütlich wieder von ihren Arbeitgebern in das freisinnige Agitationsbureau hineingeführt worden waren, sah man auf den Beinen, um die Wähler herbeizuziehen. Aber auch ältere Personen in offenbar guter wirtschaftlicher Position, denen es als Ehrensache ihrer Partei galt, Herrn Rosenow vor dem Durchfall zu retten, liefen verbend von Haus zu Haus. Es half alles nichts: schon in der Mittagsstunde waren wir hier dem Freisinn in der Stimmengahl um etwa 50 Proz. voraus und unseren Vorsprung behaupteten wir bis zum Schluß der Wahl.

Der Andrang zu den Wahllokale blieb in manchen Bezirken bis zur letzten Stunde sehr stark. Noch um 5 Uhr abends sahen wir Wahllokale, in denen die wartenden Wähler in langer Reihe aufgestellt waren.

Siegesfreude

waren die Versammlungen, in denen gestern abend unseren Parteigenossen die Wahlergebnisse verkündet wurden. Nicht nur die Genossen, welche durch rastlose Arbeit am Wahltag zu unseren Erfolgen beigetragen haben, sondern die Massen der Wähler selbst, auch nicht wenige Frauen füllten die Versammlungslokale. Mit berechtigter Siegesfreude wurden die nach und nach bekannt werdenden Resultate begrüßt. Hatten wir doch Siege zu verzeichnen in Wahlbezirken, die noch nicht zu unserem Besitz gehörten. Mit besonderer Spannung sahen die Genossen des 14. Bezirks dem Ausfall der Wahl entgegen. Um so größer war der Jubel, als verkündet wurde: Unser Genosse Freilich ist gewählt. Rosenow, diese stolze Säule entschundener Freisinnsherrschaft hat „seinen“ Wahlbezirk verloren. — Nicht geringer war die Freude, mit der im 2. Bezirk der Sieg unseres Genossen Sassenbach entgegengenommen wurde, an den bis zum Abend der Wahl nur wenige Genossen geglaubt hatten. Natürlich lösten auch die Siegesnachrichten aus den übrigen Bezirken begeisterte Weisfallstürme der freudig bewegten Menge aus. — Die Erwählten des Proletariats hielten kurze Ansprachen. Sie klangen aus in der Erwartung, daß dieser Wahlausfall eine gute Vorbedeutung für die Reichstagswahlen sein werde. Am 12. Januar — so war die allgemeine Stimmung — muß auch der erste Berliner Reichstagswahlkreis unser und damit ganz Berlin rot werden. Diese Hoffnung ist nicht unberechtigt, denn wenn wir schon heute bei öffentlicher Wahl im Herzen der Altstadt sozialdemokratische Mehrheiten bekommen haben, so können wir bei der geheimen Reichstagswahl erst recht auf den Sieg rechnen.

Die Wahlen für die zweite Abteilung finden heute Montag von vormittags 10 bis nachmittags 5 Uhr,

für die erste Abteilung am Dienstag, den 7. November, von vormittags 10 bis nachmittags 3 Uhr statt.

Die Parteigenossen in diesen Abteilungen werden erjucht, ihre Stimme auf den Stadtverordneten

Kugo Neimann, Ulmenstraße 6 zu vereinigen.

Stadtverordnetenwahlen in Charlottenburg.

4 Mandate neu erobert. Charlottenburg gehört mit zu den wenigen Städten, in denen das kleine Dreiklassenwahlrecht sich selbst in der dritten Wählerklasse in seiner ganzen Widersinnigkeit zeigt. Es weist die dritte

Wählerabteilung etwa nicht wie in anderen Orten eine rein proletarische Bevölkerung auf, sondern hier gehört noch der sogenannte Mittelstand zu den Wählern „dritter Güte“. Um nämlich in Charlottenburg Wähler der zweiten Klasse sein zu können, muß man mindestens 200,40 M. Steuern entrichten! Mit anderen Worten: Wähler, die fast 300 M. Steuern zu zahlen haben, gehören der dritten Abteilung an. Hinzu kommt, daß in Charlottenburg zahlreiche Beamte wohnen, die dank dem System der offenen Stimmabgabe nicht selten gegen ihre Ueberzeugung einem bürgerlichen Kandidaten die Stimme geben müssen. Unter solchen Verhältnissen haben die Charlottenburger Genossen natürlich viel schwerer mit dem Gegner zu kämpfen wie die Genossen anderer Orte. Gleichwohl dürfen sie mit Stolz auf den Ausgang der Wahl zurückblicken. Und der Erfolg ist umso höher anzuschlagen, wenn man die erwähnte besonders schwierige Kampfstellung der Sozialdemokratie berücksichtigt.

Das Resultat der gestrigen Wahl gestaltet sich folgendermaßen:

1. Bezirk. Eingeschriebene Wähler: 5449. Bisher: Kern (lib.) Es erhielten: Stadtverordneter Wölmer (lib.) . . . 1066 Stimmen Kaufmann Emil Stulz (soz.) . . . 1590 Gewählt: Emil Stulz (soz.)

2. Bezirk. Eingeschriebene Wähler: 6598. Bisher: Dr. Rothholz (lib.) Es erhielten: Kaufmann Leberecht Dehn (lib.) . . . 1696 Stimmen Gastwirt Hermann Baade (soz.) . . . 1742 Gewählt: Hermann Baade (soz.)

3. Bezirk. Eingeschriebene Wähler: 7662. Bisher: Klitz (soz.) A. Ergänzungswahl. Es erhielten: Stadtverordneter Dumd (lib.) . . . 788 Stimmen Stadtverordneter Klitz (soz.) . . . 3028 Gewählt: Klitz (soz.) B. Neuwahl zur Vermehrung der Stadtverordneten. Es erhielten: Oberpostsekretär Ranzenbach (lib.) . . . 800 Stimmen Stadtverordneter Dr. Vorchardt (soz.) . . . 2500 Gewählt: Dr. Vorchardt (soz.)

4. Bezirk. Eingeschriebene Wähler: 5799. Bisher: Dr. Vorchardt (soz.) Es erhielten: Stadtverordneter Dr. Rothholz (lib.) . . . 1421 Stimmen Stadtverordneter Hugo Klitz (soz.) . . . 1122 Gewählt: Dr. Rothholz (lib.)

5. Bezirk. Eingeschriebene Wähler: 5270. Bisher: Pasche (lib.) Es erhielten: Sanitätsrat Dr. Bruno Schäfer (lib.) . . . 1119 Stimmen Landtagsabgeordneter Paul Dirsch (soz.) . . . 1513 Gewählt: Paul Dirsch (soz.)

6. Bezirk. Eingeschriebene Wähler: 4932. Bisher: Wölmer (lib.) Es erhielten: Sanitätsrat Dr. Braunschild (lib.) . . . 1044 Stimmen Gastwirt Hermann Baade (soz.) . . . 1562 Gewählt: Hermann Baade (soz.)

7. Bezirk. Eingeschriebene Wähler: 5447. Bisher: Jolenberg (lib.) und Marquard (lib.) A. Ergänzungswahl. Es erhielten: Stadtverordneter Bergmann (lib.) . . . 944 Stimmen Bezirksvorst. Rosenthal (soz.) . . . 862 Gewählt: Bergmann (lib.)

B. Ergänzungswahl für den verzogenen Stadtverordneten Marquard (lib.) Es erhielten: Redakteur G. G. Erdmannsdörffer (lib.) . . . 942 Stimmen Schriftsteller Simon Kayenstein (soz.) . . . 854 Gewählt: Erdmannsdörffer (lib.)

8. Bezirk. Eingeschriebene Wähler: 4282. Bisher: Bergmann (lib.) A. Ergänzungswahl. Es erhielten: Stadtverordneter Jolenberg (lib.) . . . 704 Stimmen Gastwirt Hermann Baade (soz.) . . . 506 Gewählt: Jolenberg (lib.) B. Neuwahl zur Vermehrung der Stadtverordneten. Es erhielten: Stadtverordneter Kern (lib.) . . . 604 Stimmen Rechtsanwalt Dr. S. Rosenfeld (soz.) . . . 507 Gewählt: Kern (lib.)

Wie aus der Zusammenstellung ersichtlich ist, handelt es sich um 8 reguläre Ergänzungswahlen, 2 infolge der Vermehrung der Stadtverordneten von 72 auf 78 erforderliche Ergänzungswahlen und 1 für einen Stadtverordneten, der sein Amt niedergelegt hat. Von den neu zu besetzenden 11 Mandaten waren bisher 2 im Besitz der Sozialdemokratie. Wir haben demnach den 1., 2., 3. (Neuwahl), 5. und 6. Bezirk gewonnen, während wir das bisher innegehabte Mandat im 8. Bezirk bei der Ergänzungswahl verteidigt, das uns bisher im 4. Bezirk gehörte aber an den Gegner verloren haben. Besonders erfreulich ist der im Vergleich zu den 1900 abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen in einigen Bezirken beträchtliche Stimmengewinn. So haben wir im 1. Bezirk 300, im 2. Bezirk, der weitere Teile des Schloßviertels umfaßt, 930 Stimmen gewonnen, im 3. Bezirk gar 400, dagegen hat hier der Liberale 100 verloren. Im 4. Bezirk beträgt die Zunahme 150 Stimmen, im 5. Bezirk 500. Im 6. Bezirk beträgt unser Gewinn an Stimmen rund 200, im 7. der Teile des Hochschulviertels umfaßt, können wir eine Stimmengewinn von 100 buchen. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß dieser Wahlbezirk durch den Ausbau der Gegend um die Dahmannstraße um 600 Wähler zugenommen hat. Die Liberalen sind auf ihrer früheren Stimmengahl stehen geblieben. Im 8. Wahlbezirk, der Teile des Kurfürstendamms und des Hochschulviertels enthält, haben wir unsere Stimmengahl behauptet. Unsere Charlottenburger Genossen haben die Arbeit der letzten Wochen nicht umsonst geleistet. Die Position unserer im Rathaus sitzenden Genossen ist durch den Ausfall dieser Wahl gestärkt worden. Zudem ist das Wahlergebnis als ein gutes Omen für die im Januar stattfindende Reichstagswahl zu betrachten.

Protest gegen die koloniale Raubpolitik.

Während die „nationalen“ Stettpatrioten in der Presse über die verpönte Gelegenheit zu einem weltpolitischen Kriegsabenteuer zeteren, hat das internationale Proletariat am Sonntag in einer großen Anzahl machtvoller Kundgebungen Protest gegen den frivolen Tripolis-Raubzug und die weltpolitische Eroberungspolitik erhoben. Die Kundgebungen, denen im Laufe der Woche und am nächsten Sonntag weitere folgen werden, darunter auch in Berlin, waren überaus zahlreich besucht und eindrucksvoll.

Wir erhielten folgende telegraphische Meldungen:

Hamburg, 5. November. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Eine Riesensammlung über 5000 Hamburger Arbeiter nahm ein eindrucksvolles Referat von Adler-Riel entgegen, der den Zusammenhang zwischen der kapitalistischen Ausbeutung und den neueren Kriegen aufzeigte, die Barbarei italienischer Kriegsführung brandmarkte und das Ende der kapitalistischen Entwicklung gekommen sieht. Unter großem Beifall wurde die Sympathieerklärung der italienischen Arbeiter in Hamburg verlesen. Darauf erfolgt die einstimmige Annahme der Protestresolution gegen den Krieg.

In Altona fand gleichzeitig eine Massensammlung von zweitausend Personen statt, in der Frohne unter brausendem Beifall sprach. Die Resolution wurde unter stürmischer Zustimmung angenommen.

Stettin, 5. Novbr. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Zwei imposante Versammlungen stimmten nach Referaten von Schumann und Decker der Sympathie-resolution begeistert zu.

Frankfurt a. M., 5. Novbr. (Privattelegr. des „Vorwärts“.) In Frankfurt a. M. fand heute mittags 12 Uhr im Kaufmännischen Vereinshaus eine Demonstrations-Versammlung gegen den Krieg und für den Frieden statt. Der Einladung des sozialdemokratischen Vereins folgten 2500 Männer und Frauen. Hunderte fanden keinen Platz mehr. Die Erschienenen nahmen die Ausführungen des Referenten, Genossen Herrmann Wendel, mit lebhafter Zustimmung auf. Mit dem Referenten erhoben die Versammlungsbesucher energischen Protest gegen den nur von kapitalistischen und imperialistischen Interessen diktierten italienischen Raubzug und gegen den Völkermord.

In der angenommenen Resolution wird gesagt: „Die Versammlung gibt ihrer tiefsten Empörung über die freche Friedensstörung durch die italienische Regierung Ausdruck. Sie nimmt mit Entrüstung Kenntnis von der dem Völkermord hohnsprechenden Grausamkeit und Brutalität der italienischen Kriegsführung und leuzt insbesondere die Ermordung kriegsgefangener Araber als feigen Mord.“

Die Versammlung drückt den türkischen und italienischen Opfern dieses Krieges ihre warmste Anteilnahme aus und sendet ihren Massengenossen in der Türkei und in Italien ihre brüderlichsten Grüße. Sie wehrt sich in der unerbittlichen Feindschaft gegen den Krieg eins mit dem Millionenheer der sozialistischen Internationale.“

Stuttgart, 5. November. (Privattelegr. des „Vorwärts“.) Die Stuttgarter Protestversammlung war riesig besucht. Sie eröffnete den Wahlkampf in trefflicher Weise. Die Resolution gegen die Tripolisaktion wurde angenommen.

Ausland.

Sofia, 5. November. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Hier fand heute eine große Arbeiterversammlung statt, die sich zu einer imposanten Friedendemonstration gestaltete.

Paris, 5. November. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Das Protestmeeting gegen den Krieg war überfüllt, über 6000 Personen hatten sich eingefunden. Als Vortragender fungierte Bauderode, der die einleitende Rede hielt. Er tadelte scharf den blinden Ministerialismus gewisser italienischer sozialistischer Deputierten, der die proletarische Gegenaktion schwächt. Der Redner forderte auf zum Kampf gegen die Ursachen des Krieges, gegen Kapitalismus, Militarismus und koloniale Raubpolitik. Welter sprachen der Deputierte Genosse Sembat, der als

einzigem Vorteil des Marokkoabkommens die zunehmende Notwendigkeit einer französisch-deutschen Annäherung

hinstellte. Die Presse deckt die Sünden der europäischen Diplomatie auf und Janrés wendet sich zum Schluß scharf gegen die spanische und internationale Reaktion.

Brüssel, 5. November. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Das Massenmeeting im Volkshaus war überfüllt und nahm einen enthusiastischen Verlauf. Besonders wurde das Erscheinen des türkischen Delegierten Rahum demonstrativ begrüßt. Hunsman als Vorsitzender eröffnete das Meeting um 4 Uhr. Er erinnerte an die Aktion des Internationalen sozialistischen Bureaus, in allen Ländern gegen den Raubzug Italiens zu protestieren und für den Frieden zu demonstrieren. In Saloniki haben gestern 8000 Arbeiter protestiert, heute protestieren die Arbeiter in 15 Ländern, weitere Demonstrationen werden folgen. Hunsman verliest ein Schreiben der italienischen Partei, das deren Solidarität mit dem Brüsseler Meeting und die Zustimmung zur Resolution ausdrückt. Ferner eine Zustimmung des Protestmeetings in Athen.

Als erster Redner charakterisiert Bailant-Paris den Marokkohandel und den Raubzug Italiens, das er als eine Nachahmung des ähnlichen Vorgehens Englands bezeichnet. Darauf schildert Genosse Scheidemann den Abscheu des deutschen Volkes gegen die zum Kriege führenden Kapitalisten und Junker. Unter brausendem Beifall spricht Rahum für die türkischen Sozialisten und wendet sich vor allem gegen die Greuel der Italiener vor Tripolis.

Hournemont vom I. S. B. ruft das Volk zur endgültigen Abwehr der Kriegsgefahr durch starke Organisationen auf. Darauf bringt Hunsman eine Resolution zur Verlesung, in der das Meeting energisch gegen den von der italienischen Regierung im Einbernehmen mit anderen Mächten unternommenen Raubzug gegen die Türkei protestiert und die Solidarität des italienischen und türkischen Proletariats begrüßt. Die Resolution spricht ferner den Abscheu des Proletariats gegen den Militarismus in allen Formen aus und verlangt schiedsgerichtliche Lösung aller Konflikte.

Das Meeting wurde um halb sieben Uhr nach begeisterter einstimmiger Annahme der Resolution geschlossen.

Verantwortlicher Redakteur Richard Barig, Berlin. Für den

Jungliberale Halbheit.

In Karlsruhe tagten am Sonnabend und Sonntag die Jungliberalen. Nach einem Referat Dr. Kauffmanns und einer längeren Debatte einigte man sich auf eine Resolution, in der es heißt:

Unter Hinweis auf die Vorgänge der deutschen inneren und auswärtigen Politik der letzten Zeit verlangt der Reichsverband der Vereine der Nationalliberalen Jugend den Ausbau unserer Staatsverfassung durch verantwortliche Reichsministerien und einen Staatsgerichtshof. Es ist unter Beibehaltung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts eine Verbesserung des Wahlrechts herbeizuführen, die den Reichstag als eine gerechte Vertretung des gesamten Volkswillens erscheinen läßt. Das zu erreichen wird möglich sein durch eine gerechtere Einteilung der Wahlkreise oder noch besser durch Einführung eines Proportionalwahlrechts. Den Tendenzen, die konfessionelle Trennung auf alle Gebiete des Lebens übertragen wollen und Unterordnung des Staates unter die Kirche erstreben, muß durch energische Anwendung der staatlichen Hoheitsrechte entgegengetreten werden. Die Prüfung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche muß unter Beobachtung der Freiheit der Ausübung des religiösen Bekenntnisses sich vollziehen. Zum Schluß wendet sich die Resolution mit scharfen Worten gegen die schwächliche Haltung der Regierung in der auswärtigen Politik, namentlich in der Marokkofrage. Es wird energische Durchführung der Kolonialpolitik und systematischer Ausbau der Flotten und der Rüstung zu Lande gefordert. Die Mittel sollen durch eine Reichserbschaftsteuer aufgebracht werden.

Die Jungliberalen sind jene Nationalliberalen, denen der Aufwand an Phrasen, die die Alten produziert, noch immer nicht genügt! Die Jungliberalen müssen wissen, daß es gerade die nationalliberale Fraktion im Reichstag war, die alle Bemühungen der Sozialdemokraten vereitelte, den Zusammenbruch des persönlichen Regiments zur Ausgestaltung der Verfassung zu verhüten. Alle unsere Anträge auf Schaffung eines wirksamen Interpellationsrechts, auf Einführung des parlamentarischen Regimes und eines Ministerverantwortlichkeitsgesetzes scheiterten damals nicht nur an dem Widerstand von Zentrum und Konservern, sondern auch der Nationalliberalen.

Ebenjowenig lassen wir uns durch die Forderung auf Einführung einer gerechten Wahlkreiseinteilung täuschen. Abgesehen davon, daß die Nationalliberalen in Preußen zu den verstocktesten Feinden des gleichen Wahlrechts gehören, warum wählen die Jungliberalen für ihre Resolution eine so zweideutige Fassung und verlangen nicht Neueinteilung der Wahlkreise nach der Größe der Einwohnerzahl? Das bestärkt den Verdacht, daß es ihnen nicht um eine gerechte Vertretung, die den wirklichen Willen der Wähler zum Ausdruck bringt, zu tun ist, sondern um nationalliberale Mandatspolitik, wie sie in Preußen ihre Leute bei den Wahlreformversuchen ausschließlich betrieben haben.

So bleibt als das einzige, was von der Resolution ernst zu nehmen ist, nichts als die Flotten- und Kolonialtreiberei. Die Jungliberalen möchten freilich dem Volke einreden, daß die ungeheuren Kosten des neuen Wetrüstens durch eine Erbschaftsteuer aufgebracht werden sollen. Aber die Simpel, die das noch glauben, sollen erst noch gefunden werden. Eine wirklich erhebliche Erbschaftsteuer würde nirgends erbitterteren Widerstand finden als bei den nationalliberalen Geldsackvertretern. Die Herren wollten ja die unbedeutende Erbschaftsteuer, die Bülow vorschlug nur deshalb schlucken, um die Ausrede zu haben 400 Millionen indirekter Steuern zu bewilligen. Und so würden sie's auch in Zukunft halten: auf jede Million Besitzsteuern würden sie 10 Millionen Steuern der Besitzlosen auferlegen und dann noch Bewunderung verlangen für ihre Opferfähigkeit.

Rein, die jungliberalen Sirenenklänge werden keinen mehr verführen. Der imperialistischen Politik, dem großen kapitalistischen System keinen Mann und keinen Groschen, das ist die Lösung für den 12. Januar.

Der Krieg.

Die italienische Regierung proklamiert die Annexion von Tripolis.

Rom, 5. November. Die „Agenzia Stefani“ meldet: Der König hat heute früh nachstehende Verfügung unterzeichnet: Auf Vorschlag des Ministerpräsidenten und des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten verfügen wir: Tripolis und Cyrenaika werden unter die volle und ganze Oberhoheit des Königreichs Italien gestellt. Die endgültigen Bestimmungen für die Verwaltung der genannten Gebiete werden durch Gesetz festgelegt werden. Bis zur Verabschiedung dieses Gesetzes wird durch königliche Erlasse regiert werden. Vorstehende Verfügung wird dem Parlament unterbreitet werden, um Gesetz zu werden.

Ein neues Gesetz.

Tripolis, 5. November. (Meldung der „Agenzia Stefani“.) Gestern erfolgte ein kleiner Angriff auf die östliche italienische Front in dem Abschnitt zwischen Scharaschat und dem kleinen Fort Medri. An diesem Angriff, dem einige Kanonenschüsse vorausgegangen waren, nahmen ungefähr zweihundert Araber und — zum ersten Mal in ihren Hofuniformen gut sichtbar — einige Abteilungen türkischer Regularien teil. Der Angriff, der sich gegen eine Stellung der Verlagsterei und Grenadiere richtete, wurde nicht mit Nachdruck durchgeführt und von zwei Kompanien des 68. Infanterieregiments zurückgewiesen. Der Feind hatte schwere Verluste, das 68. Infanterieregiment einen Toten.

Die italienischen Truppen in der Umgebung von Tripolis sind jetzt so hart an Zahl — sie haben sich seit dem 28. Oktober fast verdoppelt — und sind so gut versorgt, daß die Okkupation jetzt unbedingt gesichert erscheint. Diesem Eindruck können sich selbst die Eingeborenen nicht entziehen, wie man aus der Kennerung ihrer Haltung den Italienern gegenüber sieht. Die moralische Haltung der Truppen ist ausgezeichnet, um so mehr, als ein Angriff wenig wahrscheinlich ist. Man erwartet bereits den Vormarsch gegen den Feind, der so geschwächt ist, daß man kaum noch einen wirksamen Widerstand zu befürchten hat.

Zu spät!

Rom, 5. November. General Canoba hat neuerdings einen Tagesbefehl erlassen, worin die Offiziere aufgefordert werden, auf strengste Manneszucht und Disziplin bei den ihnen unterstellenden Truppen zu halten, da er jede Ausschreitung gegen die Eingeborenen auf strengste bestrafen werde.

(Der Tagesbefehl des Generals Canoba kommt zu spät. Die Bestialitäten der Italiener und die Massenabschlachtungen wehrloser Eingeborener werden dadurch nicht ungeheuren gemacht.)

Neue Bestätigung der Greuel.

Der Kriegsberichterstatter eines Scherblattes depechiert über Malta:

Das Oberkommando in Tripolis behauptet gegenüber den Vorkämpfern, daß ein Teil seiner Truppen sich zu unmenslichen Feiten gegen die Araber habe hinreichend lassen, es sei dazu erst nach der Verstümmelung italienischer Soldaten durch Eingeborene gekommen. Die Richtigkeit dieser Darstellung wird jedoch von Augenzeugen bestritten. Danach sollen vielfach ohne Rücksicht auf die Schuld des einzelnen Massenerschießungen stattgefunden haben. Auch sollen in wiederholten Fällen unschuldige Frauen und Kinder, blinde Bettler und Krüppel auf weite Entfernungen erschossen worden sein. Vor einem Lazarett lagen eine verwundete alte Frau, ein krankes Mädchen und ein kranker Knabe verstreut im Sande. Die Ärzte wurden von einem Engländer und einem Deutschen gebeten, den Hilfslosen beizuhelfen. Allein man überließ sie ihrem Schicksal, so daß sie nach 24 Stunden an Durst- und Hungerqualen starben. Verschiedene Europäer haben ihren Konsulaten über Beobachtungen dieser Art protestierende Berichte überreicht. Eine Erklärung für diese Ausschreitungen ist vielleicht in dem Verhalten des Generals Canoba zu suchen, der seinen Truppen sehr ungeschicklich die Art protestierende und gutgelovten Soldaten wurden hinter Sandwälle gelegt, wo sie unaktiv blieben. Auch der Divisionär wohnte in der Stadt und erscheint in der vordersten Linie, wo alle Truppenabteilungen und Borden beisammenliegen, nur als seltener Gast. Als der Befehl zur Räumung der Dase kam, fehlte jede Luftstille durch Vorgesetzte bis zum Hauptmann herunter. Bei der Jagd auf Araber wurden Todesurteile von gewöhnlichen Soldaten verhängt und vollstreckt. Die ewigen arabischen Angriffe bei Tag und bei Nacht haben die Truppen offensichtlich ihrer Nerven beraubt, und daß sogar die unkräftigen Araber der Stadt die Waffen ergreifen haben, daran sind die Italiener selbst nicht schuldlos. Unter ihrem herrischen Auftreten haben auch die Europäer viel zu leiden. Der Konsul Galli, der für die Zivilbehörden mit den Eingeborenen und Fremden verkehrt, hat sich auf diese Weise seine Sympathien verschert.

Ausweisung der Italiener.

Konstantinopel, 4. November. Es heißt, der Ministerrat habe für den Fall, daß die Feindseligkeiten auf den Archipel ausgedehnt würden, beschlossen, sämtliche Italiener aus der Türkei auszuweisen.

Die Revolution in China.

Eine Proklamation der Republikaner.

Schanghai, 4. November. Die Führer der in Hankau erklärten Republik haben eine Proklamation erlassen, in der erklärt wird, daß sich die republikanische Regierung weder gegen die Fremden noch gegen die Mandschus, sondern gegen die Dynastie richte. Außerdem versichert die Proklamation allen Fremden Schutz, Haftung für alle Verbindlichkeiten, Erlass des durch die Revolution verursachten Schadens, verspricht den Fremden Handelsfreiheit im gesamten Reich und warnt vor Bruch der Neutralität, Lieferung von Konterbande sowie vor jeglicher Unterstützung der kaiserlichen Regierung.

Kaiserliche Edikte.

Peking, 4. November. Eine Anzahl von Edikten ist heute erlassen worden. Eins fordert zur Eintracht zwischen Chinesen und Mandschus auf und billigt den Entschluß Juanschkais, die Feindseligkeiten für einige Zeit einzustellen. Ein anderes erklärt sich nicht einverstanden damit, daß Juanschkai den Vorsitz im Kabinett ablehnt.

Kiderlens Schrankfüße.

Die „Berliner Neuesten Nachrichten“ wärzigen die Deutschland von der Regierung genehmigte Kolonialerwerbung folgendermaßen:

„Kiderlens Schrankfüße“ — so lassen wir hiermit feierlichst und mit dem Kammergebührenden des lustigen Casanova, Mitters von Seingal, diesen heroischen „Jugang zum Kongo“. Kamerun ist jetzt ein schiefer Schrank geworden. Die beiden Füße kennen wir. In der untersten Schublade ruht die Urheimat des Gorilla, ruht Schlafkrankheit, Fieberpest, Massen-Entartung, Raubbau an Menschen und Wäldern und ruhen noch 14 Gesellschaftsmonopole, die bis zum Jahre 1910, wo nicht bis 1920, auch dem deutschen Erwerb die Hände völlig fesseln, falls er sie nicht mit schwerem Gelde ausläßt. Daß aus dieser unteren Schublade Krieg, Pestilenz und Seuchen in die obere Schublade steigen, in unser altes Kamerun, das ist die schwere Gefahr.“

So das freiliberale Blatt. Wir hoffen, daß die politischen Hintermänner des Blattes jede Bewilligung für den „schiefer Schrank“ ablehnen. Daß dem Volke später nicht andere koloniale Gaben ausgedrängt werden, dafür hat das Klassenbewußte Proletariat zu sorgen!

Die Behandlung des Marokkoabkommens in Frankreich.

Paris, 4. November. (Meldung der „Agence Havas“.) Der Gesandtschaftsbericht über die Billigung des deutsch-französischen Abkommens wird wahrscheinlich in den ersten Tagen nach dem Wiederausammentritt des Parlaments dem Bureau der Deputiertenkammer überreicht werden. Etwa acht Tage werden voraussichtlich für die Drucklegung des Entwurfs, für seine Prüfung durch die Kommission für auswärtige Angelegenheiten und für die Abfassung des Berichts notwendig sein, sodah die Besprechung des Entwurfs erst um den 14. oder 15. November möglich sein wird. Mit der Besprechung des Entwurfs wird die Beratung von Interpellationen verbunden sein. Es scheint nicht, daß vor der Debatte die Veröffentlichung eines Selbstbuches erfolgen soll, da die Veröffentlichung zuviel Zeit in Anspruch nehmen würde.

Wahrung des Immunitätsrechts in der — Türkei.

Konstantinopel, 4. November. Infolge des Versuchs des Kriegserichts, den Deputierten Aufzi wegen seiner oppositionellen publizistischen Tätigkeit verhaften zu lassen, kam es in der Kammer zu einer lebhaften Interpellationsdebatte. Der Kriegsminister wurde aufgefordert, sofort vor der Kammer zu erscheinen, um Aufklärung zu geben. Da der Minister bis 6 1/2 Uhr abends nicht erschien, vertagte sich die inoffizielle beschlussfähig gewordene Kammer mit einer von der Opposition durchgesetzten Erklärung, die Kammer werde keine Deputierten Verhaftung zulassen. Während der Kammer-sitzung beriet der Ministerrat über die Angelegenheit. Wie verlautet, ist die Stellung des Kriegsministers erschüttert.